



Dialogrunde „Interkulturelle Öffnung & Abbau von Diskriminierung, Rassismus und Radikalisierung“

Zentrale Aussagen

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung dringend notwendig

Von den Teilnehmenden wurde deutlich gesagt, dass die Verwaltung sich den Herausforderungen der interkulturellen Öffnung stellen sollte. Erste Schritte zu einer Öffnung wären aus Sicht der Teilnehmenden z.B.

- einfach, verständliche Sprache in Formularen anbieten (nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund stellt die Amtssprache eine Barriere dar → Viele Formulare können nur noch mit Hilfe von Beratungsstellen und/oder helfenden Personen bearbeitet werden);
- mehrsprachige Angebote bei Beratungen ermöglichen, auch durch Dolmetscherunterstützung;
- Beratungsstellen innerhalb der Verwaltungen mit dem Thema „institutionalisierte Diskriminierung“ schaffen;
- Verwaltungsmitarbeitende für Diskriminierung, Rassismus und Radikalisierung sensibilisieren;
- Schulungen/Weiterbildungen zur interkulturellen Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter/innen veranstalten;
- Abbau der Bürokratie bzw. der starren Strukturen vorantreiben;
- Etc.

Besteht die Bereitschaft sich interkulturell zu öffnen?

Grundsätzlich wurde von einigen Teilnehmenden in Frage gestellt, ob sich die Verwaltung überhaupt öffnen möchte und für dieses Vorhaben bereit ist. Viele Strukturen innerhalb der Verwaltung werden als diskriminierend wahrgenommen. Immer wieder wird der Begriff der „institutionalisierten Diskriminierung“ in den Dialogrunden genannt.

Vorbildfunktion der Verwaltung

Die Verwaltung soll sich klar positionieren und deutlich Haltung gegen Diskriminierung, Rassismus und Radikalisierung beziehen. Mehrmals formulierten die Teilnehmenden die Forderung nach einer offen gezeigten Handlungsänderung der Verwaltung. Dabei wurde auch mehrmals von einer Vorbildfunktion der Verwaltung gegen Diskriminierung, Rassismus und Radikalisierung gesprochen. Dies betrifft natürlich insbesondere auch das Vorhaben einer Integrationsplanung für den Landkreis Augsburg.

Vielfalt sichtbar und erlebbar machen

Die Teilnehmenden wünschen sich mehr Möglichkeiten, um die Vielfalt im Landkreis sichtbar und erlebbar zu machen. Auch innerhalb der Verwaltung sollte sich die Vielfalt



der Landkreisbevölkerung widerspiegeln. Die Verwaltung soll bunter werden, so der Wunsch der Teilnehmenden.

Wachsende Herausforderungen durch Digitalisierung

Die fortschreitende Digitalisierung stellt vor allem bildungsferne und/oder sozioökonomisch benachteiligte Personen vor große Herausforderungen. Die Terminvergabe erfolgt in vielen Bereichen nur noch digital, was manche Personen nicht leisten können und somit eine gerechte gesellschaftliche Teilhabe verhindert wird. Die Verwaltung sollte, trotz allem Fortschritt und Wandel, auch auf nicht-digitalen Wegen erreichbar sein und bleiben.

Dabei wird erneut betont, dass die Verwaltung sich hier zu sehr auf die Unterstützung durch Beratungsstellen und/oder helfenden Personen verlässt. Für die „Gefahren“ der Digitalisierung wünschen sich die Teilnehmenden mehr Bewusstsein. Die Tatsache, dass viele Unterkünfte noch immer kein freies Internet haben und eine gerechte Teilhabe für die dort lebenden Personen daher nicht möglich ist, wird mehrmals hervorgehoben.

Forderung nach einfacher Sprache

Die Teilnehmenden betonen immer wieder, dass die Sprache in Briefen, Formularen etc. dringend vereinfacht werden muss. Nur so lässt sich, aus Sicht der Teilnehmenden, eine faire Teilhabe ermöglichen.

Angepasste Ansprache aller Menschen

Die Teilnehmenden berichten, dass es den Verwaltungen/Behörden nicht immer gelingt alle Menschen zu erreichen und mit den notwendigen Informationen zu versorgen. Es sei nötig sowohl die Kanäle zur Erreichbarkeit neu zu denken als auch die Ansprache entsprechend anzupassen, um niemanden zu vergessen.

Wunsch nach mehr Begegnungsstätten/-räumen

Durch Begegnungen und Berührungspunkte im Alltag können Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden. Die Teilnehmenden wünschen sich mehr finanzielle und personelle Ressourcen für Begegnungsstätten/-räume in den Gemeinden. Insbesondere Angebote für Familien bzw. Mütter/Väter mit Kindern und Jugendlichen werden gut angenommen und führen auch bei der „weißen Mehrheitsgesellschaft“ zu spürbaren Haltungsveränderungen, so die Teilnehmenden.

Mehr dezentrale Angebote im Landkreis schaffen

Viele Beratungsangebote konzentrieren sich auf das Stadtgebiet von Augsburg. Durch mehr dezentrale (Beratungs-)Angebote soll der ländliche Raum und die Bevölkerung stärker unterstützt werden. Insbesondere mobile Angeboten werden hier angesprochen, die von den Menschen gut und gerne angenommen werden.

Respektvoller Umgang miteinander

An vielen Stellen erfahren Menschen mit Migrationshintergrund noch immer Diskriminierung und Rassismus. Das muss offen angesprochen und thematisiert werden. Die Unterbringung in den Unterkünften wurde von einigen Teilnehmenden als



unzureichend und „menschenunwürdig“ beschrieben. Auch hier zeige sich die Haltung der Verwaltung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, so die Teilnehmenden.

Flüchtlinge erster und zweiter Klasse

Im Landkreis Augsburg gibt es viele Geflüchtete aus der Ukraine, die seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine Schutz suchen und finden. Das große Engagement in der Gesellschaft und die Bereitschaft zu helfen, wird durchweg positiv bewertet. Viele Teilnehmende sprechen aber von deutlichen Unterschieden im Umgang mit ukrainischen Geflüchteten und Geflüchteten aus anderen Ländern. Die „Ungleichbehandlung“ wird als gravierend beschrieben (Fahrkosten, Sprachkurse, Unterbringung, Leistungen, etc.). Dennoch wollen alle Teilnehmende die aktuelle Situation als Chance sehen, um mehr Möglichkeiten zur Teilhabe auch für alle Geflüchteten bereitstellen zu können.

Interreligiösen Dialog fördern

Die Teilnehmenden wünschen sich mehr Austausch zwischen den verschiedenen Religionen und ihren jeweiligen Vertretern. Vorurteile können nur durch Kontakt zueinander und Gespräche miteinander abgebaut werden. Die Teilnehmenden nennen einige gute Projekte im Landkreis, hoffen aber auf deutlich mehr Angebote in diesem Bereich.

Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen

Einige Teilnehmenden sehen den Religionsunterricht an den Schulen in Bayern als problematisch an: Hier wird die herrschende, religiöse Vielfalt im Landkreis nicht ausreichend berücksichtigt. Es wird der Wunsch nach einem gemeinsamen Fach über alle Religionen geäußert.